

rung unterscheiden sich zudem kaum. Die Gutachter waren beauftragt, die Effekte einer Laufzeitverlängerung um 4, 12, 20 und 28 Jahre zu berechnen. Demnach wäre es für die Versorgungssicherheit, den Strompreis oder den Klimaschutz gar nicht so wichtig, wie viel länger die Kernkraftwerke noch laufen.

Daß das Gutachten der von der Regierung beauftragten Wissenschaftler keine Lösung im Laufzeitenstreit bringt, ist aber nur das eine, heißt es in der ZEIT. Angreifbar sei es noch aus einem anderen Grund: Die Regierung habe von Anfang an versucht, das Ergebnis im eigenen Sinne zu beeinflussen. Jedes Gutachten basiere auf Rahmenbedingungen, die der Auftraggeber setzt. Das ist in diesem Fall der Bundeswirtschaftsminister, und dieser entschied, nur verschiedene Zeiträume einer Laufzeitverlängerung untersuchen zu lassen, nicht aber den generellen Sinn eines Ausstiegs vom Atomausstieg. Die vom Wirtschaftsministerium beauftragten Gutachter sollten lediglich legitimieren, was im Koalitionsvertrag festgelegt sei.

Das von der Bundesregierung beauftragte Forschungsinstitut Prognos, das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln (EWI) und die Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) in Osnabrück, reagierten auf Nachfragen der ZEIT ausweichend: „Tut mir leid, dazu dürfen wir nichts sagen.“ Und: „Wir hatten mit den Vorgaben wenig zu tun.“ Sowie: „Sicher kann man Schlüsse daraus ziehen, was vereinbart worden ist und was nicht.“

Die Bundesregierung ist offenbar nicht daran interessiert zu erfahren, ob ihre energie- und klimapolitischen Ziele auch dann erreichbar sind, wenn es beim Atomausstieg bleibt und den Gutachtern kam die undankbare Rolle zu, dieses Desinteresse quasiwissenschaftlich zu untermauern,

kritisiert die ZEIT.

Die Meiler sind bilanziell abgeschrieben, jeder zusätzliche Tag Laufzeit bringt zusätzlichen Gewinn, merkt die ZEIT an. Nach Berechnungen der Landesbank Baden-Württemberg kostet die Stromerzeugung in abbeschriebenen Kernkraftwerken 2,2 Cent pro Kilowattstunde. Am Großhandelsmarkt verkaufen können die vier Konzerne den Strom aber zum Börsenpreis, derzeit rund 5 Cent. Die Differenz streichen sie ein: aufs Jahr gerechnet fast vier Milliarden Euro. Der Widerstand gegen den Plan der Regierung, einen Großteil dieser Gewinne per Brennelementesteuer in den Staatshaushalt umzulenken, ist entsprechend groß.

Der Einsatz der Manager für künftige Gewinne sei zwar legitim, könne aber das Volk für längere Laufzeiten kaum begeistern, heißt es in der ZEIT. Deshalb habe einer der Konzerne vor fast zwei Jahren die PR-Agentur PRGS mit einem „Kommunikationskonzept Kernenergie“ beauftragt. Der Generalstabsplan hat demnach das Ziel, die Debatte um längere Laufzeiten „positiv zu beeinflussen“ – im Wesentlichen durch drei Argumente: Der Strom soll günstiger, die Versorgung sicherer und der Klimaschutz einfacher werden.

Allerdings, darauf weist DIE ZEIT hin, dürften die Bürger vom billigen Atomstrom wenig merken, weil nicht das billigste, sondern das teuerste Kraftwerk den Strompreis bestimmt. Laut einer Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) könnte der Durchschnittshaushalt monatlich um zwölf Euro entlastet werden – aber erst im Jahr 2030 und nur, wenn alle Meiler 28 Jahre länger laufen.

Anderen Studien zufolge könnte Strom sogar teurer werden, denn die Laufzeitverlängerung verstärke die marktbeherrschende Position der Atomkonzerne. Auch die Behauptung, Klimaschutz würde

einfacher, ist kühn. Zwar emittieren die Meiler tatsächlich wenig Kohlendioxid (CO₂); aber der Ausstoß des Klimagases ist in Europa durch den Emissionshandel fixiert. Was in Deutschland weniger emittiert wird, kann anderswo zusätzlich ausgestoßen werden.

Bleibt noch die Versorgungssicherheit: „Erst wenn wir genügend erneuerbare Energie haben und sie zu jeder Zeit verlässlich dahin kommt, wo wir sie brauchen, erst dann kann man über ein Abschalten der Kernkraftwerke reden“, zitiert die ZEIT den Unionsfraktionsvize Michael Fuchs. Das sei das wichtigste Argument der Befürworter längerer Laufzeiten.

Denn tatsächlich erweise es sich zunehmend als Problem, grünen Strom jeden Tag und rund um die Uhr in die Steckdosen zu bekommen. Erstens weht der Wind, Deutschlands ergiebigste erneuerbare Stromquelle, nicht immer. Und zweitens weht er am heftigsten dort, wo Strom am wenigsten gebraucht wird – über der Nordsee und in Norddeutschland. Den meisten Strom aber verbrauchen Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. Benötigt werden daher zusätzliche Stromnetze und Stromspeicher, wird erklärt.

Pläne dafür gibt es längst. Aber die Taten hinken diesen hinterher. 850 Kilometer Höchstspannungsleitungen müßten bis 2015 gebaut werden, heißt es in einer Studie der Deutschen Energieagentur (Dena) aus dem Jahr 2005 – gebaut worden sind der ZEIT zufolge bisher aber lediglich 90 Kilometer. Nach neueren Schätzungen müßten bis zum Jahr 2020 sogar einige Tausend Kilometer Hochspannungsleitung quer durch Deutschland gezogen werden. Doch überall, wo die Masten errichtet werden sollen, rege sich Widerstand. Fast gegen jeden Trassenkilometer wehren sich Grundstückseigentümer

und Bürgerinitiativen. Ungewollt werden sie so zu Verbündeten der Atomlobby, heißt es. Der Netzausbau sei der Knackpunkt im Energiekonzept der Regierung und auch die Kraftwerksbetreiber wüßten das.

Die Bundesregierung will Ende September im Kabinett über ihr Energiekonzept beschließen, heißt es. Beobachter gehen davon aus, daß die beteiligten Ressorts das Konzept bereits weitgehend fertiggestellt haben. ●

Uranbergbau

Delegierte indigener Völker fordern Ende der Atomindustrie

Die Delegierten der IPPNW-Vorkonferenz „Sacred Lands, Poisoned Peoples“ haben am 29. August 2010 in Basel eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Darin fordern sie, Uranabbau und dessen Weiterverarbeitung zu stoppen sowie den unverantwortlichen Umgang mit radioaktivem Abfall, Atomenergie und Atomwaffen zu beenden.

„Uranabbau hinterläßt ein giftiges Erbe, lange nachdem die Bergbauunternehmen den Betrieb einstellen und gegangen sind. Das Gift der Radioaktivität bleibt in unserem Boden und in unserem Wasser, es schadet unserer Gesundheit und es verletzt Mutter Erde. Wir solidarisieren uns mit allen, die mit dieser gefährlichen Industrie konfrontiert werden, und wir sagen: Stopp! Laßt das Uran in der Erde“, erklärte Charmaine White Face von der Tetuwan Sioux (Lakota) Nation, USA.

„Auf unserem Land gibt es zwei Uranminen und 130 Schürfrechte zur Erkundung von potentiellen Abbaustätten.

Was wird uns die Zukunft bringen? Wir wurden ohne jegliche Entschädigung von unserem Land vertrieben. Wir wollen nicht, daß diese Abbaufirmen hierher kommen, unser Land vergiften und unsere Lebensweise zerstören“, erklärte Azara Jalawi, Vize-Präsidentin der Koordination für die Zivilgesellschaft in Arlit, Niger.

„Mein Volk muß mit Uranabbau und Atomwaffentests in unserem eigenen Territorium leben. Wir spüren die zerstörerischen Folgen der Radioaktivität am eigenen Leib, und wir beobachten, wie unser Land langfristige Schäden davonträgt. Zusammen mit unseren indigenen Freunden und Unterstützern aus der ganzen Welt sagen wir Nein zu Uran und Radioaktivität. Laßt es in der Erde!“, forderte Rebecca Bear-Wingfield, stellvertretende Vorsitzende der Australian Nuclear Free Alliance (ANFA), und Mitglied des Ältestenrats der Arabunna, Kokatha und Kupa Pita Kungka Tjuta, Australien.

VertreterInnen indigener Völker haben sich vom 26. bis 29. August 2010 auf dem Weltkongress der Internationalen Ärztevereinigung zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) in Basel getroffen, um Erfahrungen auszutauschen und ein Netzwerk für ihren gemeinsamen Kampf gegen den Uranabbau aufzubauen. Die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Organisation IPPNW erfuhr aus erster Hand von Betroffenen des Uranabbaus weltweit, welche Zerstörung allein der Anfang der nuklearen Kette anrichtet. Über Geschichte und gegenwärtige Probleme des Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen berichtete Michael Beletes, der durch seine Samisdat-Schrift „Pechblende“ bekannt wurde. Dr. Sebastian Pflugbeil (Gesellschaft für Strahlenschutz) gab einen Überblick über die Auswirkungen des Uranbergbaus auf die menschliche Gesundheit. ●

Erklärung der indigenen Delegierten des Vorkongresses „Sacred Land, Poisoned Peoples“ an den 19. Weltkongress der IPPNW

In der heutigen Zeit, in der die Zerstörung von Mutter Erde und der Gesundheit der Menschen durch die Erschließung nuklearer Ressourcen immer weiter zunimmt, haben sich Repräsentanten indigener Völker auf dem Vorkongress „Sacred Lands, Poisoned People“ getroffen und sich über ihren Widerstand gegen Uranabbau ausgetauscht. Von Kanada und den USA bis Niger, Mali, Namibia, Tansania und Malawi, von Russland und Deutschland, über Australien bis Brasilien und Indien – Völker aus der ganzen Welt, die sich mit den Folgen dieser tödlichen Industrie konfrontiert sehen, haben sich hier zusammengefunden.

Vergangene, gegenwärtige und zukünftige Generationen indigener Völker sind überdurchschnittlich betroffen von Uranabbau, Atomwaffen und der Atomindustrie. Die nukleare Produktionskette führt zu einer radioaktiven Verseuchung der Menschen, des Landes, der Luft und des Wassers. Sie bedroht unsere Existenz und die zukünftiger Generationen. Uranabbau, die Weiterentwicklung von Atomenergie und internationale Abkommen, die die nukleare Produktionskette fördern, verletzen Menschenrechte und das Recht von Mutter Erde auf eine unversehrte Natur. Sie gefährden unser Überleben und unser Recht auf eine eigene Spiritualität, die ohne eine intakte Umwelt nicht gelebt werden kann.

Die gefährlichen gesundheitlichen Auswirkungen radioaktiver Strahlung beginnen mit dem Abbau von Uran. Wir bekräftigen hiermit die Erklärung des World Uranium Hearing in Salzburg, 1992, dass Uran und seine radioaktiven Zerfallsprodukte in der Erde verbleiben müssen. Und wir erklären unsere Solidarität mit all jenen, die für ein Ende des Uranabbaus und seiner Weiterverarbeitung sowie gegen den unverantwortlichen Umgang mit radioaktivem Abfall, Atomenergie und Atomwaffen eintreten.

Wir setzen uns voll und ganz ein für eine atomfreie Zukunft für alle Völker.



PRECONFERENCE OF THE IPPNW-WORLD CONGRESS
26 AUGUST 2010, UNIVERSITY OF BASEL
SACRED LAND, POISONED PEOPLES
URANIUM MINING, HEALTH AND INDIGENOUS PEOPLES

Uranbergbau

Deutschland verschleiert die Herkunft des Urans

IPPNW: Grobe Menschenrechtsverletzungen und massive Umweltzerstörungen in den Abbauländern

Die deutsche Bundesregierung und die EURATOM Supply Agency verschleiern die Herkunft des Urans, das für den Betrieb deutscher Atomkraftwerke genutzt wird. Zu diesem Ergebnis kommt die Internationale Ärzteorganisation zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) nach einer systematischen Auswertung der Quellen der europäischen Atombehörde EURATOM sowie von Antworten der deutschen Bundesregierung

auf parlamentarische Anfragen. Zwar lassen sich anhand des Datenmaterials die Lieferländer nachvollziehen, nicht aber die Ursprungsländer. „Wir fordern die Bundesregierung daher auf, Informationen über Einfuhr, Herkunftsländer, Ausfuhr und Empfangsländer von Uran endlich offen zu legen“, erklärt die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen.

Im Jahr 2009 wurde nach An-

gaben von eurostat 45 Prozent des Urans aus Frankreich bezogen, 41 Prozent aus Großbritannien, 11 Prozent aus den USA und 3 Prozent aus Kanada. Frankreich und Großbritannien verfügen jedoch über keine eigenen Uranvorräte. Während Großbritannien die Herkunft des Urans geheim hält, importiert Frankreich einen großen Anteil seines Natururans aus dem Niger, wo grobe Menschenrechtsverletzungen und massive Umweltzerstörung stattfinden. Im Niger gibt es zum Beispiel seit mehr als 30 Jahren Bergbau keinen einzigen anerkannten Fall von berufsbedingter Krankheit. Die beiden Krankenhäuser in den Uranabbaustädten Arlit und Akokan sind im Besitz der Uranfirma Areva, an der auch